



Generalversammlung

Verteilung Allgemein
4. April 2019

Dreundsiebzigste Tagung
Tagesordnungspunkt 2

Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 2. April 2019

[ohne Überweisung an einen Hauptausschuss (A/73/L.79 und A/73/L.79/Add.1)]

73/285. Bekämpfung von Terrorismus und anderen Gewalthandlungen aufgrund der Religion oder der Weltanschauung

Die Generalversammlung

unter Hinweis darauf, dass sich alle Staaten nach der Charta der Vereinten Nationen und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verpflichtet haben, die allgemeine Achtung und Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle zu fördern,

sowie unter Hinweis auf ihre einschlägigen Resolutionen, namentlich Resolution 73/164 vom 17. Dezember 2018 über die Bekämpfung von Intoleranz, negativer Stereotypisierung, Stigmatisierung, Diskriminierung, Aufstachelung zu Gewalt und Gewalt gegen Personen aufgrund der Religion oder der Weltanschauung und Resolution 70/176 vom 17. Dezember 2018 über Religions- und Weltanschauungsfreiheit,

erneut erklärend, dass die Diskriminierung von Menschen aufgrund der Religionen der Weltanschauung einen Affront gegen die Menschenwürde und eine Verleugnung der Grundsätze der Charta darstellt,

sowie in Bekräftigung der Verpflichtung der Staaten, Diskriminierung und Gewalt aufgrund der Religion oder der Weltanschauung zu verbieten und Maßnahmen durchzuführen, um den gleichen und wirksamen Schutz durch das Gesetz zu gewährleisten, und
ung frei auszuüben,

¹ Resolution 217 A (III). In Deutsch verfügbar unter <http://www.un.org/Depts/german/menschenrechte/aemr.pdf>.



mit dem Ausdruck ihrer tiefen Besorgnis über die in der Welt auftretenden Fälle von Intoleranz, Diskriminierung und Gewalthandlungen, namentlich Fälle, deren Beweggrund die Diskriminierung von Angehörigen religiöser Minderheiten ist, sowie über das negative Bild der Anhänger bestimmter Religionen und die Anwendung von Maßnahmen, die Personen aufgrund der Religion oder der Weltanschauung gezielt diskriminieren,

davon Kenntnis nehmend, dass der Generalsekretär die Allianz der Zivilisationen der Vereinten Nationen aufgerufen hat, „auf Regierungen und religiöse Organisationen, religiöse Führungspersonlichkeiten und andere Akteure zuzusetzen, die Maßnahmen ergreifen, die zu

den nationalen Menschenrechtsinstitutionen, den nichtstaatlichen Organisationen, den religiösen Organisationen, den Medien und der Zivilgesellschaft als Ganzer eine wichtige Rolle bei diesen Anstrengungen zukommt.